

Wahrnehmungen jordanischer Außenpolitik: Wandel und Kontinuität

Umfragen zeigen Verschiebungen in außenpolitischen Prioritäten und Partnerschaften bei gleichbleibender Grundausrichtung jordanischer Außenpolitik

Veronika Ertl, Laura Schranz

Im Kontext regionaler Instabilität bleibt die jordanische Außenpolitik geprägt von einer pragmatischen Herangehensweise und dem Fokus auf die Erhaltung von Sicherheit und Stabilität. Aufgrund wirtschaftlicher Herausforderungen steigt gleichzeitig die Erwartungshaltung der Bevölkerung, dass die Außenpolitik konkrete Ergebnisse für Jordaniens Wirtschaft liefert. Während die USA und Saudi-Arabien weiterhin das Feld der Partnerländer Jordaniens anführen, nimmt das Vertrauen in die stabilisierende Rolle der USA in der Region ab. Das Deutschlandbild erholt sich trotz Kritik im Kontext des Gaza-Kriegs im Vergleich zum Vorjahr.

Jordanien gilt seit langer Zeit als verlässlicher Partner des Westens und nimmt unter Führung des Königs Abdullah II. eine stabilisierende und vermittelnde Rolle in der Region des Nahen Ostens ein. Dabei gelingt es Jordanien durch erhebliches diplomatisches Geschick, seine eigene Stabilität zu bewahren und die Interessen seiner Verbündeten im Kontext komplexer regionaler Machtverschiebungen auszubalancieren. Gleichzeitig steht das Land unter erheblichem Druck. Die angespannte wirtschaftliche Lage, hohe Arbeitslosigkeit, steigende Lebenshaltungskosten sowie identitäre Bruchlinien prägen die innenpolitische Situation. Diese Herausforderungen sind eng mit der anhaltenden Instabilität in Jordaniens Nachbarschaft verbunden.

Wie haben sich vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage die Wahrnehmungen der Rolle Jordaniens in der Region sowie der außenpolitischen Prioritäten verändert? Welche Auswirkungen zeigen sich auf die Einschätzungen der außenpolitischen Beziehungen des Landes? Diese Fragestellungen werden im Folgenden auf Basis einer repräsentativen Umfrage in der jordanischen Bevölkerung aus dem Jahr 2025¹ sowie im Vergleich mit vorausgehenden Umfragen seit

2019 diskutiert, um Trends und relevante Veränderungen aufzuzeigen.

Sensibler Blick auf die regionale Lage

Die Wahrnehmung der regionalen Stabilität reagiert in Jordanien sensibel auf geopolitische Entwicklungen und unterliegt entsprechend deutlichen Schwankungen. So bewerteten über 80 Prozent der jordanischen Bevölkerung den Nahen Osten im Jahr 2019 als instabil, maßgeblich geprägt von den Folgen des Syrienkriegs, dem Krieg im Jemen sowie einer als unberechenbar empfundenen US-Politik in der ersten Amtszeit Donald Trumps. In den Folgejahren sorgten regionale Annäherungen, bspw. das Ende der Golfkrise zwischen Katar und einer von Saudi-Arabien angeführten Gruppe arabischer Staaten, saudisch-iranische Gespräche sowie wirtschaftliche Kooperationsprojekte mit Ägypten und Irak, für eine deutlich verbesserte Einschätzung. Mit Beginn des Gaza-Kriegs und der verbundenen regionalen Eskalationen verschlechterte sich die Einschätzung der Lage jedoch maßgeblich. Anfang 2024 schätzten rund 90 Prozent der Befragten die Region als instabil ein; ein Wert, der sich im September 2025 auf rund 75 Prozent verbesserte.

¹ Detaillierte Quellenangaben zu den zitierten Umfragen sind auf der letzten Seite vermerkt.

Der Nahostkonflikt als anhaltender außenpolitischer Fokuspunkt

Der Nahostkonflikt und die „palästinensische Sache“ spielen traditionell eine wichtige Rolle in der jordanischen Diplomatie. Das Land wird international und von der eigenen Bevölkerung als wichtiger Fürsprecher der Palästinenser wahrgenommen, was nicht zuletzt auf die große palästinensischstämmige Bevölkerung im Land sowie die Schutzverantwortung des jordanischen Königs für die islamischen und christlichen heiligen Stätten in Jerusalem zurückzuführen ist. Gleichzeitig besteht seit 1994 ein Friedensvertrag und eine Zusammenarbeit mit Israel in den Bereichen Sicherheit, Wasser und Energie.

Diese Beziehungen sind im Zuge des Gaza-Kriegs in der jordanischen Bevölkerung zunehmend in die Kritik geraten. Die Meinungen bezüglich der Beibehaltung oder Kündigung des bestehenden Friedensvertrags sind dabei geteilt: 52,1 Prozent befürworten den Fortbestand, während sich 45,5 Prozent für eine Aufkündigung aussprechen. Die hohen Werte für beide Optionen deuten auf eine ambivalente öffentliche Wahrnehmung hin. Trotz der lautstarken Kritik an Israel scheinen viele Jordanier den Friedensvertrag weiterhin als Garant für die eigene Sicherheit zu sehen. Dies ist auch mit einer deutlich gestiegenen Risikowahrnehmung verbunden: Im Jahr 2019 identifizierten rund 40 Prozent der Befragten Israel als Hauptgrund für regionale Instabilität, gefolgt von den USA mit 23 Prozent und Iran mit 13 Prozent. Im Jahr 2025 hingegen sehen drei von vier Jordanern Israel als größten Bedrohungs- und Instabilitätsfaktor in der Region – der höchste gemessene Wert seit der ersten Umfrage im Jahr 2019.

Hinsichtlich der traditionellen Friedensmodelle im Nahostkonflikt zeigt die jordanische Öffentlichkeit eine zunehmende Skepsis: Die Unterstützung für die Zweistaatenlösung sank von 46 Prozent im Jahr 2019 auf 42,8 Prozent im September 2025, während über die Hälfte der Befragten inzwischen sowohl eine Ein- als auch Zweistaatenlösung ablehnt. Besonders auffällig sind die Generationenunterschiede: Während ältere Jordanier weiterhin mit 56,4 Prozent eher hinter der Zweistaatenlösung stehen, lehnt fast die Hälfte der unter 35-Jährigen beide Ansätze ab, was einen wachsenden Vertrauensverlust der

jungen Generation in die Lösungskompetenz der Politik und Diplomatie widerspiegelt.

Außenpolitische Erwartungen: Ökonomische Dividenden und pragmatische Diplomatie

Trotz steigender Bedrohungswahrnehmungen ist in der jordanischen Bevölkerung weiterhin eine Präferenz für pragmatische Außenpolitik und diplomatische Lösungen präsent. Der Fokus liegt dabei klar auf der eigenen Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit durch die Vermeidung direkter Konfrontationen. Hierin sowie im humanitären Engagement werden auch Jordaniens außenpolitische Stärken verortet.

Gleichzeitig zeigt sich vor dem Hintergrund der wirtschaftlich angespannten Situation Jordaniens eine Verschiebung der außenpolitischen Erwartungen. Knapp die Hälfte der Befragten nennen nun als wichtigste außenpolitische Priorität den Abschluss von Abkommen zur Ankurbelung der jordanischen Wirtschaft durch die Anwerbung von Investitionen sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Allerdings bewerten lediglich rund 38 Prozent die wirtschaftlichen Anstrengungen der jordanischen Außenpolitik als sehr effektiv. Ein erheblicher Teil der Bevölkerung betrachtet diese als wenig oder überhaupt nicht effektiv.

Die jordanische Regierung scheint sich dieser wachsenden Erwartungslücke zwischen außenpolitischen Engagement und spürbaren wirtschaftlichen Ergebnissen bewusst: So legt die 2025 geschlossene strategische und umfassende Partnerschaft mit der EU einen starken Fokus auf wirtschaftliche Unterstützung für Jordanien. Auch die auf die Förderung wirtschaftlicher Beziehungen angelegte Asien-Reise des jordanischen Königs Abdullah II. im Jahr 2025 kann im Kontext entsprechender Bemühungen verortet werden.

Breites Netzwerk: Jordaniens außenpolitische Beziehungen

Als Land mit beschränkten eigenen Ressourcen ist Jordanien auf gute Beziehungen mit einer Vielzahl von Partnern angewiesen. Die USA agierten lange Zeit – und tun dies in vielen Bereichen immer noch – als wichtigster Unterstützer Jordaniens. Doch auch Beziehungen zu regionalen Akteuren, allen voran Saudi-Arabien, spielen seit

geraumer Zeit eine wichtige Rolle. Entsprechend werden die USA und Saudi-Arabien als die wichtigsten Partnerländer betrachtet, denen in der öffentlichen Wahrnehmung erst in weitem Abstand andere Akteure folgen.

Fokus auf regionale Partnerschaften mit Führung der Golfstaaten

In den vergangenen Jahren zeigt sich ein zunehmender Fokus der Wahrnehmung außenpolitischer Beziehungen auf regionale Partner. Ganz oben steht dabei Saudi-Arabien als Nachbarland und wirtschaftliches sowie politisches Schwergewicht in der Region. So wird das Land vor dem Hintergrund seiner als gewichtig wahrgenommenen Rolle für regionale Sicherheit und Stabilität in politischer Hinsicht seit Jahren mit steigenden Werten als wichtigster Partner Jordaniens bewertet. 82,1 Prozent sprechen sich außerdem für eine Vertiefung der politischen Beziehungen aus. Bei der Frage nach dem wichtigsten wirtschaftlichen Partner erreicht Saudi-Arabien Platz zwei knapp hinter den USA. Auch nennen 24,3 Prozent Saudi-Arabien als wichtigsten Geber humanitärer Hilfen – der höchste Wert unter den Ergebnissen.

Neben Saudi-Arabien spielen auch andere regionale Akteure, vor allem aus dem Golf eine Rolle. So genießen unter anderem Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) aus humanitärer Sicht eine positive Wahrnehmung und werden von 13,7 Prozent (Katar) und 11,6 Prozent (VAE) als wichtigster Geber humanitärer Hilfen genannt. Auch sprechen sich 83,3 Prozent der Befragten für eine Vertiefung der Beziehungen mit Katar aus. Der Golfkooperationsrat insgesamt schneidet bei der Frage nach dem Wunsch nach engeren Beziehungen sehr positiv ab, mit knapp drei Viertel der Befragten, die dies befürworten. Als enger Partner Jordaniens hinsichtlich der Abstimmung zu regionalen Konflikten landet Ägypten mit 12,7 Prozent auf Platz drei der wichtigsten politischen Partner, mit einem moderaten Anstieg seit 2021 hinsichtlich des Wunsches nach engeren Beziehungen.

Jordaniens Nachbarländer Syrien und Irak verdienen ebenfalls eine genauere Betrachtung: Im Falle Syriens zeigt sich eine deutliche Verbesserung der Einschätzung nach dem Fall des Assad-Regimes. So ist die Wahrnehmung des Landes als

Hauptrisikofaktor für Jordanien von rund zehn Prozent im Jahr 2023 bis 2025 fast auf null gesunken und 79,2 Prozent der Bevölkerung befürworten engere Beziehungen mit dem Nachbarland. Hinsichtlich Irak schlägt sich die neuerliche relative innenpolitische Stabilität sowie das erfolgreiche Heraushalten aus der militärischen Konfrontation zwischen Israel und Iran 2025 positiv auf die wahrgenommene regionale Rolle des Landes nieder. Darüber hinaus zeigt sich sowohl mit Blick auf Syrien als auch Irak die Hoffnung, dass durch engere Beziehungen mit den Nachbarländern die über lange Zeit eingeschränkten Wirtschaftsbeziehungen zum Vorteil Jordaniens wieder angekurbelt werden können.

Die Türkei tritt hingegen in seiner wahrgenommenen Relevanz im Vergleich zu den Vorjahren deutlich hinter andere regionale Akteure zurück. Während das Land 2019 noch von 20,8 Prozent als der Partner genannt wurde, mit dem man sich eine engere Zusammenarbeit wünschen würde, sank dieser Wert bis 2025 auf nur noch rund drei Prozent. Dieser Rückgang lässt sich vermutlich auf eine stärker wirtschaftsorientierte Priorisierung der jordanischen Bevölkerung zurückführen - die Wahrnehmung der Türkei im Sinne wirtschaftlicher Relevanz lag in den Umfragen konstant unter einem Prozent.

Ambivalente Wahrnehmung der USA

Die Vereinigten Staaten bleiben für Jordanien trotz der Verwerfungen im Kontext des Gaza-Kriegs und zunehmender Unabwägbarkeiten hinsichtlich der amerikanischen Unterstützung ein zentraler Partner, sowohl in wirtschaftlicher, strategischer, sicherheitspolitischer als auch humanitärer Hinsicht. Entsprechend sehen 36 Prozent der Bevölkerung die USA weiterhin als wichtigsten wirtschaftlichen Partner – sogar vor Saudi-Arabien, das als wichtigster politischer Partner gesehen wird. Zwar landen die USA hier auf Platz zwei, allerdings nimmt der Zustimmungswert mit 27 Prozent im August 2023 zu 19,2 Prozent im Jahr 2025 deutlich ab. Dennoch schneiden die politischen Beziehungen mit einem Wert von 83,9 auf einer Skala von null bis 100 weiterhin sehr positiv ab. Damit bleiben die USA und Saudi-Arabien die mit großem Abstand bedeutendsten Partner, denen einige regionale und europäische Staaten sowie China weit abgeschlagen folgen.

Gleichzeitig zeigt sich die jordanische Bevölkerung jedoch zunehmend zurückhaltender in ihrer Bewertung der USA als stabilisierender Akteur. Während 2023 noch 60 Prozent der Bevölkerung die USA als stabilisierenden Akteur im Nahen Osten sahen, sank dieser Wert bis 2025 auf 43,9 Prozent – entsprechend gering ist auch der Wunsch nach engeren Beziehungen mit rund 10 Prozent im Jahr 2025, nach einem Höchststand von 18 Prozent im Jahr 2021. Diese bereits seit 2021 ambivalenter werdende Wahrnehmung der USA steht eng im Zusammenhang mit reduzierten US-Hilfsleistungen in der Region und einer zunehmend als unberechenbar wahrgenommenen amerikanischen Außenpolitik in der zweiten Trump-Administration. Entsprechend nimmt auch die Wahrnehmung der USA als ordnende Kraft ab: Während 83 Prozent die USA aktuell als einflussreichste Weltmacht betrachten, sinkt der Wert mit Blick auf die kommenden zehn Jahre auf lediglich 50,3 Prozent.

China und Russland – Partnerschaft ja, Alternative nein

Russland und China werden als Akteure in unterschiedlichen Partnerschaftsaspekten genannt und dabei überwiegend positiv gesehen, rangieren jedoch ebenfalls abgeschlagen hinter den Spitzenreitern Saudi-Arabien und USA.

Während die Einschätzung der politischen Beziehungen mit Russland über die letzten Jahre leicht gestiegen ist, zeigen nur rund zwei Prozent der Befragten Interesse an einer Intensivierung der Beziehungen. Besser schneidet Russland als gewünschter Unterstützer für den Ausbau der jordanischen militärischen Fähigkeiten ab. Hier liegt Russland mit neun Prozent auf Platz vier hinter den traditionell engen militärischen Partnern USA, Saudi-Arabien und Ägypten – und damit deutlich vor Großbritannien und Deutschland.²

² Noch nicht in den Umfrageergebnissen abgebildet sind die potenziellen Effekte des Todes zweier jordanischer Staatsbürger, die unter falschen Angaben für den Kampf in der russischen Armee im Ukraine-Krieg rekrutiert worden sein sollen und deren Tod Ende November 2025 bekannt wurde. Der Fall sorgte in Jordanien für enormes mediales und öffentliches Aufsehen und Russland wurde scharf kritisiert. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass bei einer Umfrage zum aktuel-

Die politischen Beziehungen Jordaniens zu China werden in der Bevölkerung insbesondere hinsichtlich der Rolle des Landes in der Region und der wirtschaftlichen Erwartungen zunehmend positiv bewertet. So überholt China beispielsweise den Spitzenreiter USA als präferiertes Reiseziel für Geschäfts- und Handelstätigkeiten. Ähnlich positiv ist der Blick auf Chinas Einfluss in der Region: China landet mit knapp 65 Prozent auf Platz zwei bei der Frage nach Akteuren, die eine positive Rolle in der Region spielen, knapp hinter Saudi-Arabien. Besonders deutlich ist der wahrgenommene Bedeutungszuwachs mit Blick auf die Zukunft: Während lediglich knappe neun Prozent der Befragten China aktuell als einflussreichste internationale Macht im Nahen Osten sehen, steigt dieser Wert gefragt nach der einflussreichsten Macht in zehn Jahren auf 28,5 Prozent. Diese Bewertung steht im deutlichen Kontrast zum gegenläufigen Trend für die USA. Diese positive Bewertung Chinas sollte jedoch nicht zwangsläufig als Abkehr von traditionellen Partnern gesehen werden, sondern eher als Zeichen einer als multipolarer wahrgenommenen künftigen Weltordnung und der Erkenntnis einer notwendigen Diversifizierung bestehender Partnerschaften.

Wahrnehmung Europas weiterhin hinter den Erwartungen

Im Vergleich zu den USA und Saudi-Arabien sowie anderen regionalen Akteuren rangieren europäische Staaten weiterhin abgeschlagen. So taucht bei der Frage nach dem wichtigsten politischen Partner Großbritannien als einziger europäischer Staat in den Nennungen auf; mit lediglich vier Prozent der Befragten. Weder Großbritannien noch Deutschland oder Frankreich werden von mehr als zwei Prozent als wichtigste wirtschaftliche Partner gesehen. Während innerhalb der Gruppe europäischer Staaten Deutschland, Großbritannien und Frankreich zwar als die einflussreichsten Staaten bewertet werden, sehen mehr als ein Viertel der Befragten überhaupt kein einflussreiches europäisches Land in Jordanien. Dies zeigt eine deutliche Skepsis hinsichtlich des strategischen Einflusses Europas in Jordanien.

Ien Zeitpunkt eine Verschlechterung des Ansehens Russlands sichtbar werden würde.

Ein gemischtes Bild ergibt sich mit Blick auf den wahrgenommenen Einfluss in zehn Jahren. Im Gegensatz zur abnehmenden Tendenz der USA verzeichnet Europa hierbei einen leichten Zuwachs. So steigt der Anteil der Befragten, die Europa als wichtigsten externen Akteur wahrnehmen, von 3,6 Prozent heute auf 6,6 Prozent in zehn Jahren. Der Anstieg täuscht jedoch nicht darüber hinweg, dass die Werte für den erwarteten Einfluss Russlands mit knapp neun Prozent und insbesondere Chinas mit 20,8 Prozent deutlich höher liegen.

Um die Partnerschaft mit Jordanien zu stärken und dieser sehr verhaltenen Wahrnehmung der europäischen Rolle entgegenzuwirken, strebte die EU mit dem Abschluss der strategischen und umfassenden Partnerschaft mit Jordanien im Januar 2025 eine Vertiefung der Zusammenarbeit an. Auch das bilaterale Gipfeltreffen zwischen der EU und Jordanien im Januar 2026 kann als Signal der EU gesehen werden, dass man als verlässlicher Partner an der Seite Jordaniens steht. Inwiefern dies Auswirkungen auf die Wahrnehmung Europas innerhalb der jordanischen Bevölkerung haben wird, hängt davon ab, ob sich durch die vertiefte Partnerschaft konkrete wirtschaftliche Verbesserungen und Investitionen materialisieren, die für die Bevölkerung sicht- und spürbar sind – und entsprechend die zunehmend wirtschaftlich geprägten Erwartungen an außenpolitische Partnerschaften Jordaniens erfüllen. In diesem Fall könnte sich die grundlegend positive Wahrnehmung der EU als verlässlicher Partner – insbesondere im Gegensatz zu den USA unter Trump – auch in einen Relevanz- und Einflussgewinn übersetzen.

Deutschland und Jordanien: stabile Basis mit politischen Schwankungen

Während Deutschland von der jordanischen Bevölkerung zwar unter den europäischen Staaten als einer der wichtigsten Akteure wahrgenommen wird, spielt das Land in der allgemeinen Bewertung Jordaniens engster politischer und wirtschaftlicher Partner keine Rolle. Nichtsdestotrotz ist die deutsch-jordanische Partnerschaft seit Jahrzehnten fest verankert und profitiert von zahlreichen Verflechtungen. Die wichtigste Komponente hierbei ist die entwicklungspolitische

Zusammenarbeit, mit der Deutschland in Jordanien als zweitgrößter Geber nach den USA sehr präsent ist. Das entwicklungspolitische Engagement sowie die humanitäre Hilfe Deutschlands trägt entsprechend im Rahmen der deutsch-jordanischen Partnerschaft großes Gewicht und wird von politischer Seite sehr positiv wahrgenommen. Dies spiegelt sich jedoch nur bedingt in der öffentlichen Wahrnehmung der Bevölkerung wider: So sehen nur rund drei Prozent der Befragten Deutschland als das Land, das am meisten Hilfe für Jordanien bereitstellt.

Neben der Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit wird Deutschland insbesondere in technischen und wirtschaftlichen Aspekten positiv bewertet. So wird Deutschland unter anderem für die Qualität seiner Produkte geschätzt und mit guten Arbeitsplätzen und einer starken und innovativen Wirtschaft assoziiert. Auch als Zielland für medizinische Aufenthalte, für Bildung und für Arbeit ist Deutschland attraktiv.

Schwankendes Deutschlandbild im Kontext des Gaza-Kriegs

Diese grundlegend positive Wahrnehmung als technischer und entwicklungsorientierter Akteur erlebte im Kontext des Gaza-Kriegs in Folge des Terrorangriffs der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 deutliche Einbußen. Die jordanische Bevölkerung nahm die deutsche Unterstützung Israels hierbei als eine Abkehr von seiner als neutral bewerteten Haltung und seiner humanitären Rolle in Konflikten wahr. So zeigen Zahlen aus 2024 deutlich abnehmende Zustimmungsrationen zur Wahrnehmung Deutschlands als Vertreter für Menschenrechte und internationales Recht. Auch tauchte in der Umfrage erstmals die Beschreibung Deutschlands als diskriminierendes Land und Konfliktunterstützer auf mit knapp 15 Prozent der Befragten. Zudem gaben 36 Prozent an, dass die Haltung Deutschlands zum Gaza-Krieg ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit deutschen Organisationen deutlich verringert habe.

In der Umfrage aus September 2025 lässt sich hinsichtlich des Deutschlandbilds jedoch eine deutliche Verbesserung erkennen, die auf eine Milderung der öffentlichen Meinung hindeutet. Die Zustimmungswerte zu positiven Attributen

erholten sich im Vergleich zu 2024 und weisen besonders starke Zuwächse in den zuvor eingebrochenen Kategorien hinsichtlich des Eintretens für Menschenrechte und für internationales Recht auf. Auch der Wunsch nach vertieften politischen Beziehungen zwischen Jordanien und Deutschland ist mit 71 Prozent der Befragten weiterhin hoch.

Während die außenpolitische und moralisch-normative Rolle Deutschlands im Kontext des Gaza-Kriegs also kritischer und nuancierter gesehen wurde, blieb die positive Wahrnehmung als technischer und Entwicklungsaktieur relativ unangetastet. Dies zeugt von einer soliden Basis der Wahrnehmung Deutschlands trotz außenpolitischer Verwerfungen.

Fazit

Jordanis Außenpolitik ist seit jeher geprägt von seinem regionalen Kontext, in dem das Land allzu oft auf der Empfängerseite der Auswirkungen regionaler Krisen und Konflikte stand, sowie von der delikaten Balance zwischen den Interessen und Erwartungen seiner regionalen und internationalen Partner. Entsprechend ist Jordanien auf seine Diplomatie als zentrales Instrument angewiesen, um durch geschicktes Austarieren und enge Beziehungen mit seinen Partnerländern seine Sicherheit, Stabilität und Entwicklung zu sichern. Dies spiegelt sich auch in den Erwartungen aus der Bevölkerung an die jordanische Außenpolitik wider.

Deutlich wichtiger geworden sind in den Augen der jordanischen Bevölkerung aufgrund der anhaltend schwierigen wirtschaftlichen Lage die Erreichung konkreter wirtschaftlicher Vorteile durch seine außenpolitischen Beziehungen. Dies zeigt sich sowohl in der Bewertung außenpolitischer Prioritäten als auch in den Wahrnehmungen der Beziehungen mit Partnerländern.

Während Jordanien über ein breites Netz guter Beziehungen mit regionalen und internationalen Akteuren verfügt, führen die USA und Saudi-Arabien weiterhin mit Abstand die Wahrnehmung zur Relevanz als wirtschaftliche und politische Partner sowie als wichtige Akteure im Nahen Osten an. Das Ansehen der USA bröckelt jedoch aufgrund der Kürzung von US-Hilfen sowie der als zunehmend unberechenbar empfundenen Außenpolitik deutlich. So rücken zahlreiche regionale Akteure in den Fokus der Wahrnehmung: Golfstaaten als traditionell eng verbundene Partner, Palästinenser und Ägypter sowie die Nachbarstaaten Irak und Syrien. Während China auch in Jordanien versucht, seine Präsenz auszubauen und mit Blick auf den erwarteten Einfluss in zehn Jahren deutlich zulegt, deuten die Ergebnisse nicht auf eine Verdrängung regionaler oder westlicher Partner, sondern eher auf eine Diversifizierung der Partnerschaften hin.

Vor dem Hintergrund der dominanten Rolle der USA und Saudi-Arabiens sowie der Betonung regionaler Partnerschaften ist die Wahrnehmung der Relevanz europäischer Staaten weiterhin beschränkt. Während die EU und europäische Staaten, darunter Deutschland, ein grundlegend positives Ansehen als verlässliche Akteure im technisch-wirtschaftlichen sowie Entwicklungsreich genießen, übersetzt sich diese Wahrnehmung nicht in wahrgenommene Relevanz und Einfluss. Zusätzlich belastet wurden die Beziehungen darüber hinaus durch divergierende Positionen hinsichtlich des Gaza-Kriegs und einem damit einhergehenden Reputationsverlust. Die Umfrageergebnisse aus dem Jahr 2025 geben allerdings Anlass zur Hoffnung, dass die deutlich kritischere öffentliche Meinung gegenüber Deutschland sich abgemildert hat und die Vorteile der verlässlichen Partnerschaft – im Sinne einer pragmatischen jordanischen Außenpolitik – erneut künftig die Wahrnehmung prägen.

Quellenangabe Foreign Relations Survey:

November 2025: Foreign Relations Survey, Wave V.
September 2023: Jordanians' Perceptions on Foreign Relations, Wave IV.
Oktober 2021: Jordan's International Relations, Wave III.
Dezember 2019: Jordanians' Perceptions on Foreign Relations, Wave II.
Dezember 2019: The Peace Process and Stability in the Middle East, Wave I.

Alle Umfragen sind unter <https://www.kas.de/en/web/jordanien/static-contents-detail-/content/kas-surveys-on-jordan-s-politics-and-society> abrufbar.

Die Umfragen wurden in Zusammenarbeit des KAS-Auslandsbüros Jordanien mit *NAMA Strategic Intelligence Solutions* erstellt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Veronika Ertl
Leiterin des Länderbüros Jordanien
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/jordan
veronika.ertl@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)